

## Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

### Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 25. bis 28. Mai 2007 auf Madeira, Portugal

Inhaltsverzeichnis			
	Seite		
<b>Teilnehmer der deutschen Delegation</b> .....	1	<i>Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD),</i>	
<b>Ablauf der Tagung</b> .....	1	<i>Abgeordneter Hellmut Königshaus (FDP),</i>	
<b>Plenarsitzung</b> .....	1	<i>Abgeordneter Markus Meckel (SPD),</i>	
<b>Politischer Ausschuss (PC)</b> .....	3	<i>Abgeordnete Ursula Mogg (SPD),</i>	
<b>Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)</b> .....	5	<i>Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),</i>	
<b>Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)</b> .....	9	<i>Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU),</i>	
<b>Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)</b> .....	11	<i>Abgeordneter Kurt J. Rossmannith (CDU/CSU),</i>	
<b>Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)</b> .....	14	<i>Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),</i>	
		<i>Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP),</i>	
		<i>Abgeordneter Andreas Weigel (SPD).</i>	
		<b>Bundesrat:</b>	
		<i>Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Delegationsleiter,</i>	
		<i>Staatsminister Karl Peter Bruch (SPD), Rheinland-Pfalz,</i>	
		<i>Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt,</i>	
		<i>Senator Thomas Röwekamp (CDU), Bremen,</i>	
		<i>Minister Harald Schliemann (CDU), Thüringen,</i>	
		<i>Minister Dr. Ralf Stegner (SPD), Schleswig-Holstein,</i>	
		<i>Minister Dr. Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.</i>	
		<b>Ablauf der Tagung</b>	
		Das Plenum tagte am Freitag, dem 25. Mai 2007. Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, dem 26. Mai, und am Sonntag, dem 27. Mai 2007, statt, die Sitzung des Ständigen Ausschusses fand am Montag, dem 28. Mai 2007, statt.	
		<b>Plenarsitzung</b>	
		Am Freitag, dem 26. Mai 2007, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, <b>José Lello</b> (Portugal), die Plenarsitzung der Versammlung statt.	
Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 25. bis 28. Mai 2007 auf Madeira, Portugal, statt.			
<b>Teilnehmer der deutschen Delegation</b>			
Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:			
<b>Deutscher Bundestag:</b>			
<i>Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,</i>			
<i>Abgeordneter Rainer Arnold (SPD),</i>			
<i>Abgeordneter Ernst-Reinhard Beck (CDU/CSU),</i>			
<i>Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD),</i>			
<i>Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),</i>			
<i>Abgeordneter Jürgen Herrmann (CDU/CSU),</i>			
<i>Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),</i>			
<i>Abgeordneter Dr. Werner Hoyer (FDP),</i>			

## I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zu den Rednern gehörten der Präsident der NATO PV Abg. **José Lello** (Portugal), der Vizepräsident der Versammlung der Republik Portugal **Guilherme Silva**, der Präsident der Autonomen Regionalregierung von Madeira **Alberto João Jardim**, NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer**, der portugiesische Staatsminister und Außenminister **Luis Amado**, der Premierminister der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien **Nikola Gruevski** und die Präsidentin des georgischen Parlaments **Nino Burjanadze**.

Hauptthemen der Plenardebatte waren Afghanistan, NATO-Partnerschaften und das geplante Raketenabwehrsystem.

## II. Ansprache von José Lello (Portugal), Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Der Präsident der NATO PV **José Lello** begrüßte alle Teilnehmer der Frühjahrstagung und stellte die wichtigsten Themen der Konferenz vor. Er betonte, dass der Einsatz in Afghanistan die höchste Priorität der NATO bleibe. Der NATO-Einsatz sei die größte Hoffnung für die Afghanen und auch der entscheidende Test für die NATO, ob sie ihrer neuen Rolle gerecht werde.

Die Beratungen über die Zukunft des Kosovo, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) geführt würden, seien für die Sicherheit der Allianz ebenso wichtig. Die Ergebnisse der Diskussionen würden weitreichende Konsequenzen für die Stabilität im Kosovo, in der Region und in ganz Europa haben. Darüber hinaus würden die NATO-Streitkräfte die Aufgabe übernehmen, im Kosovo für Sicherheit zu sorgen. Diese Angelegenheit betreffe alle NATO-Staaten.

Präsident Lello unterstrich die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit klar und deutlich über die Ziele der Allianz, deren Vorgehen sowie Stärken und Grenzen zu informieren. Seiner Ansicht nach benötigten weitere parlamentarische Kompetenzen auch mehr Absprache. Aber um eine größere Rolle zu spielen, müsse die NATO PV eigene Ansichten entwickeln. Die Versammlung bilde ein perfektes Forum, um Ideen zu entwickeln und um zu sehen, wo Kompromisse erreicht werden können.

Präsident Lello begrüßte besonders herzlich die Vertreter der Parlamente aus der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und aus Georgien und verwies auf die mögliche künftige Mitgliedschaft beider Länder in der NATO. Er betonte auch die Bedeutung von Serbien sowie Bosnien und Herzegowina und verwies auf zwei Seminare zur Stabilität in der Region, die in den beiden Ländern dieses Jahr stattfinden würden. Seitdem Kasachstan den Beobachterstatus bekommen habe, hätten sich die Kontakte mit Zentralasien relativ beschränkt. Präsident Lello erklärte, er habe vor, die Kontakte zu den Ländern Zentralasiens zu erweitern und zu vertiefen. Er begrüßte anschließend die Delegationen aus Afghanistan und Pakistan.

Die Bewertung der NATO-Partnerschaften sei ohne Erwähnung des Verhältnisses zum Parlament der Russischen Föderation nicht komplett. Die Sicherheit brauche ein stabiles und konstruktives Verhältnis zu Russland. Das Problem sei, dass die Diskussionen oft in einer Atmosphäre des Argwohns und des Misstrauens geführt würden, was aus widerstrebenden Interessen resultiere. Das könne nicht von einem Tag auf den anderen geändert werden, aber die NATO PV und Russland müssten sich bemühen, eine Basis für einen effektiven Dialog zu schaffen.

## III. Ansprache von Jaap de Hoop Scheffer, Generalsekretär der NATO und Vorsitzender des Nordatlantikrates

Der Generalsekretär der NATO und Vorsitzender des Nordatlantikrates, **Jaap de Hoop Scheffer**, begrüßte alle Teilnehmer der Frühjahrstagung und gratulierte Präsident Lello zu seiner Wahl zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung. Er wies darauf hin, dass die NATO öffentliche Unterstützung brauche. Die Parlamentarier seien Mittler zwischen ihrer Wählerschaft und der NATO. Ihre Rolle sei nicht zu unterschätzen. Der Einsatz in Afghanistan sei die wichtigste Operation der NATO. Trotz größter Bemühungen der NATO würden in dem Land viele unschuldige Zivilisten getötet. Die Streitkräfte müssten alles Erdenkliche tun, um zivile Opfer zu vermeiden. Die Gegner zögerten nicht, die Zivilbevölkerung zu verstümmeln oder sie als lebende Schutzschilder zu missbrauchen. Der Westen habe andere Moralvorstellungen. Der Generalsekretär zeigte sich aber optimistisch, was die Mission in Afghanistan und deren Erfolg betreffe. Der politische Wille zum Durchhalten sei in allen Ländern da.

Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) betonte, dass die NATO alles tun müsse, um zu vermeiden, dass Afghanistan eine Basis für Extremisten werde. Man dürfe sich nicht täuschen, die Situation in Afghanistan sei insgesamt instabil. Er rief dazu auf, die EU- und NATO-Einsätze in Afghanistan zu koordinieren. Zum Glück sei die Mehrheit der Afghanen für die NATO und begrüße die Unterstützung beim Bau von Infrastruktur, von Schulen und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Man müsse die Menschen davon überzeugen, dass der Wiederaufbau in Afghanistan erfolgreich verlaufen werde. Nichts desto trotz bleibe noch viel zu tun. Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) forderte eine gerechte Lastenverteilung zwischen den NATO-Ländern, sowohl was die finanzielle Unterstützung der Mission als auch den Einsatz der Streitkräfte anbetreffe. Der Generalsekretär der NATO **de Hoop Scheffer** antwortete, dass viel mehr an gemeinsamen Ausgaben möglich sei. Nur fünf Prozent der Staaten halte sich an die Vereinbarung, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung auszugeben. Die Bereitstellung von Truppen sei eine Frage des politischen Willens und die NATO-Länder müssten solidarisch sein. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) erklärte, dass die NATO ein neues Strategisches Konzept brauche. Er mache aber wenig Sinn, ein neues Konzept während der zu

Ende gehenden Amtszeit von Präsident Bush zu erarbeiten und plädierte für den Beginn der Verhandlungen ab 2009 mit dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten.

#### IV. Ansprache von Nikola Gruevski, Premierminister der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien

Premierminister **Nikola Gruevski** wies auf die Chance hin, auf dem nächsten Gipfel der NATO im Jahr 2008 die Sicherheitsarchitektur in Europa einen weiteren Schritt voranzubringen, indem Mazedonien, Kroatien und Albanien zum Beitritt eingeladen werden. Die Parlamentarische Versammlung müsse einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Ländern auf ihrem Weg in das Bündnis zu helfen. Das mazedonische Parlament habe bereits vor 13 Jahren beschlossen, der NATO beitreten zu wollen. In all diesen Jahren sei sein Land ein verlässlicher Partner gewesen. Mazedonien leiste einen wichtigen Beitrag zur euro-atlantischen Sicherheitsstruktur. So seien mazedonische Truppen an den Operationen in Afghanistan, Irak und Bosnien und Herzegowina beteiligt. Dabei sei es gelungen, die eigenen nationalen Vorbehalte entscheidend zu reduzieren. Von ihrem Hauptquartier in Skopje aus werde es der Allianz zudem ermöglicht, ihre Operationen auf dem Balkan zu betreuen. Mit einem Verteidigungshaushalt in Höhe von 2,3 bis 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liege Mazedonien auch deutlich über den Zielvorgaben der NATO. Gruevski versprach den Teilnehmern der Frühjahrstagung, sein Land werde weiterhin seinen Beitrag zu den Operationen der NATO leisten.

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) erkundigte sich bei Premierminister Gruevski, was eine mögliche Verschiebung der Einladung zum Beitritt zur NATO für sein Land bedeuten würde. Wäre dies ein Antrieb, die eigenen Bemühungen zu verstärken oder könne ein solcher Schritt zu Frustration führen? **Gruevski** antwortete, je früher Mazedonien der NATO beitreten könne, desto besser sei es. Mögliche Investoren warteten auf den nächsten Schritt der Integration in die westlichen Sicherheitsstrukturen, bevor sie in seinem Land investierten.

#### Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am 26. Mai 2007 unter dem Vorsitz des Abg. **Markus Meckel** (Deutschland).

##### I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Hauptthemen der Beratungen waren Afghanistan, Pakistan, Kosovo sowie die Politik der Russischen Föderation, die transatlantischen Beziehungen der NATO und das Raketenabwehrsystem in Europa.

##### II. Generaldebatte zu aktuellen Themen

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) kommentierte die Ausführungen des Generalsekretärs der NATO zum Strategischen Konzept. Er sprach die Themenfelder Afgha-

nistan, die neue Rolle der EU in der transatlantischen Sicherheit sowie die estnisch-russischen Probleme an. Anschließend ging er auch auf das geplante Raketenabwehrsystem und die bilateralen Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten mit Polen und Tschechien ein. Dabei gab er zu bedenken, dass das Raketenabwehrsystem nicht nur Sache der Vereinigten Staaten, sondern auch der NATO sei und Auswirkungen auf das Verhältnis der NATO zu Russland habe.

Abg. **Alexander Fomenko** (Russische Föderation) kritisierte, dass man bei den Tagungen der NATO PV immer wieder höre, dass NATO Demokratie und Freiheit bedeute. Er bemerkte dabei, dass die NATO ein militärisches Bündnis sei und kein Klub von Freunden und philanthropischen Träumern. Zum Thema Raketenabwehrsystem wollte er wissen, wieso die Abfangraketen nicht in der Türkei stationiert werden könnten. Abg. **Paul Keetch** (Vereinigtes Königreich) erwiderte, die NATO sei zwar nicht perfekt, aber immer noch gut genug, um viele Länder zu Aufnahmeanträgen zu bewegen. Zu den Aussagen von Abg. Fomenko erklärte Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), die NATO sei vielleicht kein Klub philanthropischer Träumer, aber sehr wohl eine menschenfreundliche Organisation, die auch Freunde vereinige. Er erinnerte auch daran, dass das geplante Raketenabwehrsystem ein Verteidigungssystem sei und lediglich zehn Abfangraketen haben werde, die auch nicht auf das Territorium der Russischen Föderation gerichtet sein würden. Zu Afghanistan führte er aus, alle Beteiligten hätten ein Interesse daran, den Einsatz im Land zum Erfolg zu führen. Dabei seien aber sowohl der militärische Erfolg als auch der zivile Aufbau des Landes wichtig. Abg. **Harry van Bommel** (Niederlande) bemerkte, der Einsatz in Afghanistan sei ein Lackmustest für die NATO. Er wies darauf hin, dass die NATO nicht mehr eine reine Verteidigungsorganisation sei und forderte eine offene Debatte über neue Aufgaben und Ziele. Abg. **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) erklärte, die NATO habe keine gemeinsame Strategie und traue sich auch nicht, über eine gemeinsame Strategie nachzudenken.

##### III. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Afghanistan und die anhaltende Transformation der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Abg. Raynell Andreychuk (Kanada)

Die Generalberichterstatterin Abg. **Raynell Andreychuk** (Kanada) erklärte einleitend, dass Afghanistan die wichtigste Mission und die größte Herausforderung für die Allianz bleibe. Die NATO-Operationen in diesem Land seien sowohl die Ursache als auch der Test für die Transformationsprozesse in der NATO, die nach dem Kalten Krieg begonnen hätten. Die Berichterstatterin bedauerte, die Gewalt in Afghanistan nehme immer weiter zu und die Taliban nutzten Taktiken, die auch im Irak verwendet würden. Die Zahl der Selbstmordattentate habe sich versechsfacht. Auch die Opiumproduktion sei gestiegen, und

zwar von 2005 bis 2006 um 59 Prozent. Der Drogenanbau und die Instabilität hingen unmittelbar miteinander zusammen, da sich die Gegner der NATO-Präsenz aus den Gewinnen des Drogenhandels finanzierten. Weitere Probleme in Afghanistan seien Korruption, eine schlecht ausgebildete Polizei und ein unzureichendes Rechtssystem.

Die Berichterstatterin würdigte den Beitrag der NATO zur Sicherheit von Afghanistan, betonte aber gleichzeitig, dass der Erfolg des Einsatzes in Afghanistan nicht nur von militärischen Maßnahmen abhängig sei. Ohne die Unterstützung der Internationalen Schutztruppe werde es aber nicht möglich sein, das Land wiederaufzubauen und die Herzen und Seelen der Bevölkerung zu gewinnen. Kapazitätsdefizite hätten aber die Operationen der NATO wesentlich behindert.

Abg. **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) fragte nach der Effektivität der Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe der NATO (ISAF) und der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan. Abg. **Dennis MacShane** (Vereinigtes Königreich) bezog sich auf die Wortwahl der Berichterstatterin und erläuterte, dass Afghanistan nicht einen Wiederaufbau, sondern einen Aufbau brauche, da von dem Land nicht viel übrig geblieben sei. Darüber hinaus betonte er, ohne eine Zusammenarbeit der NATO mit dem Iran und Pakistan werde das Land in wenigen Jahren zusammenbrechen. Mit dem Iran könne bei der Drogenbekämpfung zusammen gearbeitet werden, da auch Teheran unter dem Opiumanbau leide. Abg. **Kyriakos Mitsotakis** (Griechenland) kritisierte unzureichende Strukturen zum Vertrieb und zur Aufnahme der ausländischen Hilfsmittel. Er warb für mehr Ressourcen für die Projekte in Afghanistan. Senator **Mohammedmian Soomro** (Pakistan) unterstrich, wie wichtig die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Afghanistan sei. Um die Entwicklung in den Grenzregionen zwischen Pakistan und Afghanistan voranzutreiben, müssten gesonderte Investitionszonen eingerichtet und neue Strategien entwickelt werden. Die Generalberichterstatterin Abg. **Raynell Andreychuk** (Kanada) räumte ein, die Lösungen, die in den NATO-Ländern funktionierten, funktionierten oft nicht in Afghanistan. Deswegen seien der Dialog und die Interaktion mit der afghanischen Regierung so wichtig. Die Geschichte des Landes wie die der Taliban müsse bei der Lösung der Probleme ebenso berücksichtigt werden.

#### **IV. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Pakistan: ein entscheidender Akteur für Stabilität in der Region“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Bart van Winsen (Niederlande)**

Berichterstatter Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande) schilderte die Bedeutung Pakistans für die Stabilität in der Region. Er erklärte, Pakistan sei für die Bekämpfung des weltweiten Extremismus sowie im Hinblick auf die Stabilisierung Afghanistans strategisch wichtig. Es müsse eine

langfristige Partnerschaft mit Pakistan aufgebaut werden, die dazu beitragen könne, die Situation in Afghanistan zu stabilisieren und Terrorgruppen wie die Taliban wirksam zu bekämpfen. Die NATO müsse einen politischen Dialog mit Islamabad aufnehmen und Pakistan technische Hilfe zur Verfügung stellen, damit das Land seine Grenzen besser überwachen könne. Wichtig sei auch, die Bevölkerung Pakistans über die NATO, deren Absichten und Aufgaben zu informieren, da bis jetzt noch die große Mehrheit der Pakistaner der NATO kritisch gegenüber stehe.

Senatorin **Norica Nicolai** (Rumänien) unterstrich die entscheidende Bedeutung von Pakistan für die Stabilität in der Region und für die NATO-Einsätze. Sie fragte, ob die Aufnahme von Pakistan in die Istanbul Kooperationsinitiative das öffentliche Bewusstsein über die NATO in Pakistan stärken könne. Abg. **Yuliy Kvitsinskiy** (Russische Föderation) meinte, dass die einzige Lösung für ein sicheres und stabiles Afghanistan in Verhandlungen liege. Der Berichterstatter Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande) betonte abschließend, er hoffe, dass die Spannungen zwischen Indien und Pakistan nachlassen würden.

#### **V. Vortrag von Ivan Safranchuk, Leiter des Moskauer Büros des World Security Institute, zum Thema „Russlands innere Entwicklung und sein außen- und sicherheitspolitischer Ansatz“**

**Ivan Safranchuk** erklärte, die westlichen Hoffnungen, dass Russland eine demokratische Staatsmacht mit freundschaftlichem Verhältnis zum Westen werde, hätten sich nicht erfüllt. Die Russen, vor allem die russische Wirtschaftswelt, fühlten sich vom Westen nicht willkommen geheißen. Auch die Opposition wolle beweisen, dass sie „patriotischer als Putin“ und somit keine Marionette des Westens sei. Nach Ansicht von Safranchuk ist es nicht richtig zu sagen, dass Russland kein demokratischer Staat sei. Die russische Demokratie lege nur weniger Wert auf Verantwortlichkeit und auf die Freiheit der Bürger, ihr privates Leben selbst zu organisieren. Nach dem Ende des Kalten Krieges hätten Russland die finanziellen Mittel und der politische Wille gefehlt, um den Wettbewerb mit dem Westen fortzuführen. Jetzt habe das Land von beidem zu viel. Präsident Putin habe in seiner Rede während der Sicherheitskonferenz in München lediglich um eine gleichberechtigte Stimme in internationalen Angelegenheiten gebeten. Dies sei keine Erklärung des nächsten Kalten Krieges gewesen, wie es in den westlichen Medien interpretiert worden sei. Russland sei außenpolitisch selbstbewusst und fühle sich nicht mit genug Respekt behandelt.

Abg. **Rasa Jukneviene** (Litauen) kritisierte, dass Russland seinen Nachbarn gegenüber immer aggressiver auftrete und sich von demokratischen Werten entferne. Die Russische Föderation distanzieren sich von den westlichen Ländern und handle damit kontraproduktiv, weil das Land damit Freunde und Unterstützer verliere. Abg.

**Bruce George** (Vereinigtes Königreich) bemerkte, je mehr man von der russischen Energie abhängig werde, desto verletzlicher sei man. Er kritisierte auch die Einschränkungen der politischen Freiheit der Bürger und der Arbeit der Nichtregierungsorganisationen in Russland. Abg. **Tom Tancredo** (Vereinigte Staaten) wies auf den islamischen Ursprung der Attentate in Russland hin. Als Beispiel nannte er das Massaker in Beslan. Von daher sollten die NATO-Mitglieder und Russland zusammenarbeiten, um sich dieser gemeinsamen Herausforderung zu stellen.

#### VI. Vortrag von **Nicholas Whyte**, unabhängiger Diplomat, zum Thema „Kosovo und die südosteuropäische Sicherheit“

**Nicholas Whyte** betonte, seiner Meinung nach laufe die Zeit für die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen in Kosovo (UNMIK) ab. Der Mangel an Klarheit über den endgültigen Status des Kosovo und die politische Instabilität in der Region würden fatalerweise ausländische Direktinvestitionen behindern. Er unterstrich, die internationale Gemeinschaft müsse darüber nachdenken, ob der Kosovo entwaffnet werden könne. Darüber hinaus sollte angesichts des Ausmaßes der Kriminalität geprüft werden, ob der Regierung des Kosovo mehr Befugnisse eingeräumt werden können. Acht Jahre internationalen Protektorats hätten das Problem offensichtlich nicht lösen können. Die entscheidende Frage sei allerdings die Mitgliedschaft der Region in den euro-atlantischen Institutionen. Nach Ansicht von Whyte stehe die Krise der EU einer Integration im Wege. Zum Abschluss seiner Ausführungen stellte er fest, dass schwierige Entscheidungen zu treffen seien. Eine weitere Verzögerung sei allerdings die schlechteste Option.

Abg. **Michael Moore** (Vereinigtes Königreich) meinte, die EU biete die besten Perspektiven für den Kosovo und den Balkan. Abg. **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) nannte die gegenwärtigen Verhältnisse unbefriedigend und kritisierte den Mangel an seriösen Versöhnungsprogrammen im Kosovo und in Bosnien. Er warnte, dass eine einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ohne eine entsprechende VN-Resolution zu einer Spaltung Europas führen könne. Abg. **Naim Maloku** (Parlamentarische Versammlung des Kosovo) forderte die internationale Gemeinschaft auf, über den Endstatus des Kosovo zu entscheiden. Die Institutionen im Kosovo seien bereit, mehr Verantwortung unter der Aufsicht der EU zu übernehmen. Abg. **Ursula Mogg** (Deutschland) stimmte dem Vorschlag des VN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari für eine Unabhängigkeit des Kosovo unter internationaler Aufsicht zu. Sie äußerte aber gleichzeitig Bedenken, ob ein multiethnisches Kosovo nach seiner Unabhängigkeit bestehen könne und ob eine Aufnahme in die EU in der Zukunft möglich sein werde. Sie betonte auch, dass sich Deutschland im Rahmen des geplanten EU-Einsatzes stark engagieren wolle.

#### VII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Transatlantische Beziehungen: Fünf Jahre Krieg gegen den Terror – Folgen und Auswirkungen für die transatlantische Allianz“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland)

Stellvertretend für den Berichterstatter stellte Abg. **Assen Agov** (Bulgarien) den Bericht vor. Er wies darauf hin, dass die Terroranschläge vom 11. September 2001 sich nachhaltig auf die transatlantischen Beziehungen und die NATO ausgewirkt hätten. Die Bedrohung durch den Terrorismus sei besonders hoch, weil sie nicht von einem eindeutig auszumachenden organisierten Feind mit klaren Zielen herrühre. Auch die Tatsache, dass die terroristischen Gruppierungen grenzüberschreitend und im staatsfreien Cyberspace arbeiteten, mache den Kampf mit dem Terrorismus besonders schwierig. Zu besonderer Besorgnis gebe der „hausgemachte“ Terrorismus Anlass, da es deutlich schwieriger sei, die Motive oder Aktionen der potenziellen Terroristen im Voraus zu erfassen, die Bürger westlicher Staaten seien. Der Berichterstatter erinnerte an die ersten 24 Stunden nach den Terroranschlägen auf Amerika, als sich die Allianz erstmals in ihrer Geschichte auf Artikel 5 des Vertrages von Washington berief. Diese Feststellung des Bündnisfalls, wie ihn sich die Gründer der NATO gedacht hatten, machte es hinreichend klar, dass die Allianz vor einer neuen Bedrohung stehe und darauf reagieren müsse. Der Berichterstatter äußerte seine Besorgnis über die Verschlechterung der Sicherheitslage im Irak trotz der Fortschritte der irakischen Regierung bei der politischen Versöhnung. Die Lebensbedingungen und die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechterten sich und die Korruption nehme zu.

Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) erklärte, dass der Kampf gegen terroristische Gruppen zu einigen Erfolgen geführt habe, gleichzeitig gebe es im Kampf gegen den Terrorismus auch viele unerwünschte Wirkungen. Schlechte Strategien hätten zur Anwerbung neuer Terroristen geführt und insbesondere jungen Männern fehlten jegliche Perspektiven. Abg. **Ana Maria R. M. Gomes** (Europäisches Parlament) warnte davor, im Kampf gegen den Terrorismus die eigenen Werte zu untergraben. Abg. **Antonio Cabras** (Italien) kritisierte, dass ISAF und Kosovostreitkräfte (KFOR) eigentlich mehr Probleme bereiten als lösen würden.

#### Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 26. Mai 2007, unter dem Vorsitz des Abg. **John Tanner** (Vereinigte Staaten).

#### I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren nationale Verteidigungsausgaben, die Entwicklungen in Georgien und Mol-

dau sowie die Auswirkungen des ostasiatischen Wirtschaftswachstums auf Europa und Nordamerika.

## II. Vortrag von Lawrence J. Korb, Senior Fellow am Center for American Progress und Senior Advisor für das Center for Defense Information, zum Thema „Der Verteidigungshaushalt der Vereinigten Staaten“

Die sicherheitsbedingten Ausgaben der Vereinigten Staaten lägen aktuell bei rund vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), begann **Lawrence J. Korb** seinen Bericht. Er erläuterte kurz deren Zusammensetzung und erklärte, durch die Einsätze im Irak und in Afghanistan würden die Ausgaben auch 2008 über den Ansätzen liegen. Die Personal- und Sozialausgaben hätten stetig zugenommen und stiegen durch die veränderte Alterspyramide auch weiter an. Er gehe trotz der veränderten politischen Mehrheit im Kongress nicht von einer Ausgabenreduzierung aus. Ein beendeter Krieg bedeute in der Regel keine Einsparungen, vielmehr Folgekosten. Auch Betrieb, Instandhaltung, Ausrüstungsersatz und Neubeschaffung für bestehende Operationen seien kostspielig. Korb erinnerte an die im Jahr 2001 vom damaligen Minister Rumsfeld geplanten Veränderungen der Armee durch einen verstärkten Technologieeinsatz und Reduzierung von Personal. Das geplante Raketenabwehrsystem sei für die Demokraten eine Bewährungsprobe.

Eine Problemlösung in Afghanistan könne nicht nur rein finanzieller Art sein, erklärte Abg. **André Rouvière** (Frankreich). Man müsse die Situation in Gänze betrachten und für alle Bereiche umfassende Ansätze finden. **Korb** stimmte zu, nur Lösungen im Bereich Opium und drug lords würden zu deutlichen Verbesserungen im Land führen. Die Frage des Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) nach einem Zusammenhang zwischen der Haushaltsentwicklung und dem US-Engagement in globalen Operationen bejahte **Korb**. Durch die bisherige militärische Überlegenheit habe man ausschließlich auf militärische Lösungen gesetzt. Das Militär bewege sich aber inzwischen am Rande seiner Möglichkeiten; eine bisher für nationale Einsätze zurückgehaltene Reservebrigade sei nun vollständig im Irak eingesetzt. Vermehrt würden daher die Erfolge nichtmilitärischer Maßnahmen geprüft.

Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) warb für eine offene Diskussion der Parlamentarier über mögliche Alternativen. Er fragte nach den Ausgaben für Kernwaffen im Verhältnis zu den Kosten des Irakkrieges und den Vorschlägen der Baker-Hamilton-Kommission. **Korb** bezifferte die monatlichen Kosten für die Operation im Irak mit 10 Milliarden Dollar, die Gesamtkosten mit 500 Milliarden Dollar. Die tatsächlichen Kosten lägen aber inzwischen bei fast 3 Billionen Dollar, inkl. der Kosten der Gesundheitsnachsorge. 20 Milliarden Dollar betrage der jährliche Ansatz für Kernwaffen. Mehr friedenserhaltende und stabilisierende Maßnahmen nach Konflikten sowie eine stärkere Ausbildung der örtlichen Sicherheitskräfte seien notwendig. Die von der Baker-Hamilton-

Kommission vorgeschlagene Strategie werde vom Präsidenten nicht unterstützt. Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) fragte nach notwendigen Strukturveränderungen in den Budgets als Reaktion auf die neuen globalen Sicherheits Herausforderungen. **Korb** sprach sich für Kosteneinsparungen durch Reduzierungen aus; neue Anschaffungen sowie deren Unterhaltung seien unnötig und teuer. Er warb für die Stärkung von Marine und Bodenkraften sowie mehr Transportflugzeuge. Korb erklärte nach der Frage des Abg. **Valdo Spini** (Italien), das US-Haushaltsdefizit habe nicht nur nationale Konsequenzen und müsse daher dringend ausgeglichen werden.

Abg. **Oleg Tolkachev** (Russische Föderation) fragte nach den Kosten und der Finanzierung für die Raketenabwehr in Europa. **Korb** erklärte, die Kosten lägen bei rund 10 Milliarden Dollar pro Jahr. Er hoffe, dass sich ein neuer amerikanischer Präsident bei den Planungen stärker an den verfügbaren Mitteln orientieren werde. Eine Veränderung in der Ressourcenaufteilung sei notwendig; die finanziell schlecht ausgestattete US-Küstenwache sei eine Schwachstelle der nationalen Verteidigung. Abg. **David Gamkrelidze** (Georgien) war an der Transparenz des Haushaltes und den Gesundheits- und Pensionsprogrammen interessiert. **Korb** sprach von umfassender Nachvollziehbarkeit. Eine Berufsmarine müsse Anreize wie kostenlose Gesundheitsfürsorge und Renten bieten; diese würden aber den Verteidigungshaushalt über Jahre belasten.

## III. Vortrag von Giorgi Baramidze, Vizepremierminister von Georgien und Staatsminister für europäische und euroatlantische Integration, zum Thema „Georgiens wirtschaftlicher und politischer Übergang und seine Aussichten auf eine euroatlantische Integration“

Minister **Giorgi Baramidze** gab einen Überblick über die Veränderungen in seinem Land seit der „Rosenrevolution“ im November 2003. Wichtigste Reformen seien die Stärkung der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit sowie eine offene Wirtschaft gewesen. Als Schlüsselfaktor werde auch die umfassende Kampagne gegen die Korruption im Jahr 2005 gesehen; seither sei das Vertrauen in die Polizei stetig gewachsen. Durch Steuerreduzierungen habe man die Schattenwirtschaft extrem zurückdrängen und die Einnahmen erhöhen können. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sei ein großer Erfolg und bedeute auch eine Attraktivität für ausländische Investoren. Eine der zukünftigen Herausforderungen sei die Stärkung der Justiz; hier habe man die EU um eine Kooperation gebeten. Georgien bemühe sich weiter um eine Integration in die euro-atlantische Partnerschaft und um einen intensivierten Dialog als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer NATO-Mitgliedschaft; davon hätten sich auch die Teilnehmer des 65. Rose-Roth-Seminars in Tiflis im April 2007 überzeugen können. Baramidze sagte für den Bericht neue Wirtschaftsdaten zu.

Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) interessierten die Überwachungsmaßnahmen an den Grenzen. **Baramidze** erklärte, der Schmuggel über zwei noch offene Grenzpassse nach Abchasien und Südossetien sei nach wie vor ein großes Problem. Durch Steuersenkungen habe man einige Erfolge erzielen können. Er hoffe auf eine Normalisierung der Situation, auch im Hinblick auf den angestrebten Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO).

Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) fragte nach den Auswirkungen des russischen Embargos, den Unterstützungsmöglichkeiten der EU in den frozen conflicts und der Zusammenarbeit mit der NATO PV. **Baramidze** erklärte, durch Diversifizierung der Märkte und die Öffnung der Wirtschaftsgrenzen habe man flexibel reagiert. Georgien sei durch eigene Strategieentwicklungen gestärkt und unabhängiger vom russischen Markt geworden. Die im Land umstrittenen Liberalisierungen hätten viele konkurrenzfähiger gemacht, die Qualität der Produkte erhöht und die Exporte gesteigert. Als die größten Hindernisse für eine weitere wirtschaftliche und demokratische Entwicklung bezeichnete er die frozen conflicts. Man wolle eine friedliche Konfliktlösung. Abg. **Lubov Sliska** (Russische Föderation) sprach von jahrelangen hohen Investitionen in Georgien. Gegen Produkte niedriger Qualität, die nicht gewollt seien, müsse man Importverbote verhängen dürfen. **Baramidze** warb für einen offenen Dialog. Gemeinsame Interessen mit Russland bestünden bei der Bekämpfung von Separatisten und dem illegalen Drogen- und Waffenhandel.

Abg. **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten) fragte nach der Streitkräftereform. **Baramidze** erklärte, die Armee sei mit 50 000 Soldaten klein, aber gut ausgebildet, effektiv und NATO-kompatibel.

#### IV. **Beratung des Generalberichtsentwurfes „Trends im wehrtechnischen Ressourcenmanagement in Europa und Nordamerika und die neue Lastenteilungsdebatte: ein Überblick“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)**

Die Militärausgaben und die Lastenteilung innerhalb des Atlantischen Bündnisses hätten immer schon zu Spannungen geführt, begann Generalberichterstatter **Hugh Bayley** seinen Bericht. Das strategische Umfeld sei immer komplexer und schwieriger geworden, Verteidigungsplanungen seien daher immer unberechenbarer. Die NATO und ihre militärischen Partner würden inzwischen überholte Strukturen aufgeben und zu solchen übergehen, die den Schwerpunkt auf leichte, schnell dislozierbare und mobile Expeditionsstreitkräfte mit einer deutlich über Europa hinausgehenden Reichweite legten. Einer der stärksten Gründe für eine Nichtteilnahme an NATO-Missionen liege in dem Umstand, dass die Kosten zurzeit nur von den beteiligten Staaten zu tragen seien, nicht aber von der gesamten Allianz. Das untergrabe die Solidarität und bedeute eine Schwächung der strategischen Zielset-

zung des Bündnisses. Gemeinsam finanzierte Projekte könnten die finanzielle Berechenbarkeit verbessern, eine Effizienzsteigerung bewirken und Ressourcen bereitstellen, die für den Transformationsprozess benötigt werden. Er sprach sich für eine unabhängige Militärkapazität in Europa aus. Da viele NATO-Mitglieder zugleich der EU angehörten, spreche die Endlichkeit der Verteidigungsressourcen für eine enge Koordination. Ein Dialog zwischen Battle Groups der EU und NATO Response Force (NRF) müsse sicherstellen, dass diese sich ergänzten, statt miteinander zu konkurrieren. Eine gemeinsame Ausbildung eröffne Chancen zur Verbesserung der Interoperabilität. Bayley appellierte an die Parlamentarier, ihre Regierungen von der Notwendigkeit höherer Ausgaben für Forschung und Entwicklung neuer Wehrtechnik zu überzeugen.

Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) lobte die Aktualität des Themas. Die Verbindung zwischen Aufgabenteilung und technologischen Erfordernissen sowie die Bedeutung einer politischen Vereinbarung im Bereich der Wehrtechnik seien wichtige Erkenntnisse. Er warb für eine intensivierte gesellschaftliche Diskussion; der Irakkrieg habe dem Ansehen des Westens in der islamischen Welt sehr geschadet. Er sprach sich ferner für einsatzbezogene Parameter als Indikatoren der Einsatzbereitschaft aus; nur der Ländervergleich, ob z. B. zwei Prozent des BIP für Militärausgaben verwendet würden, zeige teilweise ein falsches Bild. Er nannte als Beispiel Deutschland, das den Prozentsatz nicht erreiche, aber nach den USA die zweitgrößte Einsatztruppe in ausländischen Einsätzen stelle. Abg. **André Rouvière** (Frankreich) schlug eine ergänzende Übersicht zur Truppenstärke vor. Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) warb für eine Veröffentlichung des Berichts und des Zahlenmaterials. Abg. **Peter Bottemley** (Vereinigtes Königreich) erhoffte sich dadurch in der Öffentlichkeit ein größeres Verständnis für Funktion und Finanzierung der Operationen des Bündnisses.

#### V. **Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Die wirtschaftliche Lage der Republik Moldau“, vorgelegt vom Vorsitzenden und amtierenden Berichterstatter Abg. Kurt Bodewig (Deutschland)**

Die Republik Moldau sei als ärmstes Land in Europa nun nach dem Beitritt Rumäniens die östlichste Grenze von NATO und EU, erklärte der Vorsitzende **Kurt Bodewig**. Durch den Konflikt um Transnistrien sowie die Rolle und Funktion des Landes als Drehscheibe des Menschenhandels und Schmuggels sei dieses Land als eine der letzten ernsthaften Sicherheitsgefahren in Europa einzustufen. Die Annäherung an den Westen allgemein bedeute für das Land eine Belastung der Beziehungen zu Russland, das das Land in der Vergangenheit wirtschaftlich, politisch und finanziell unterstützt habe. Die abtrünnige Region Transnistrien stelle für Moldau gegenwärtig das größte und dringendste Problem dar. Trotz der geringen Größe der Region (zwölf Prozent des Staatsgebiets) sei die In-

dustrie größtenteils dort angesiedelt. Bodewig erklärte abschließend, angesichts der tiefen politischen Zerrissenheit Moldaus und des katastrophalen Ausmaßes der Probleme in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Sicherheit müsse die EU diesem Land noch mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen und eine Strategie zur Verbesserung der Situation im Lande entwickeln.

Abg. **Constantin Nita** (Rumänien) wies auf die Unterstützung seines Landes für die Republik Moldau hin und betonte, aus historischen Gründen sei die Verwendung des offiziellen Namens des Landes wichtig. Die Aussagen zu den Beziehungen zwischen Rumänien und der Republik Moldau in Absatz 39 des Berichts lehnte er ab. **Bodewig** sprach von einer Tatsachenbeschreibung. Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) thematisierte die demografische Situation und regte Datenmaterial als Ergänzung an. Rumänien habe für die Bevölkerung Moldaus eine starke Attraktivität. Die Bewohner Transnistriens fühlten sich eher Russland verbunden. **Bodewig** sah die Ursache für die Abwanderung der jungen Menschen nach Rumänien in der EU-Mitgliedschaft des Landes; dieser Aspekt erfordere mehr Aufmerksamkeit.

**VI. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Der Prozess des wirtschaftlichen und politischen Übergangs in Georgien“, vorgelegt vom amtierenden Berichterstatter und Vorsitzenden Abg. Kurt Bodewig (Deutschland)**

Berichterstatter Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) wies auf die großen Erfolge Georgiens in den letzten Jahren durch wirtschaftliche, politische und soziale Reformen hin. Die Wirtschaft sei während der zurückliegenden Jahre mit enormer Geschwindigkeit gewachsen, die staatlichen Aufwendungen für Infrastrukturmaßnahmen seien der entscheidende Antrieb für diese Expansion gewesen. Die direkten ausländischen Investitionen hätten sich nahezu verdoppelt. Die Weltbank hatte Georgien jüngst als den top reformer des Jahres 2006 lobend hervorgehoben. Er erklärte, Georgien stehe trotz aller Fortschritte sowohl im Inneren als auch im Äußeren vor riesigen Problemen. Er nahm Bezug auf das russische Einfuhrverbot für georgischen Wein und Wasser sowie die Abhängigkeit des Landes von russischer Energie. Für geplante Großprojekte wie z. B. die Gaspipeline durch den südlichen Kaukasus, sei ein demokratisches Georgien entscheidend für Stabilität in der Region. **Bodewig** appellierte abschließend an alle Parlamentarier, Georgien weiterhin zu unterstützen.

Abg. **Franis Saifullin** (Russische Föderation) beklagte, nur sein Land werde für den Konflikt verantwortlich gemacht. Er sprach von Provokation durch Georgien, kriminellen Entwicklungen im Kaukasus und schlechter Produktqualität. Berichterstatter Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) wies auf die unterschiedliche Betrachtungsweise hin; andere Märkte hätten keine Probleme mit

Produkten aus Georgien. Wenn Russland sich nicht als Verursacher sehe, sei als logische Konsequenz eine gemeinsame Untersuchung im beiderseitigen Interesse.

**VII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Der Aufstieg des ostasiatischen Wirtschaftssystems: Auswirkungen auf Europa und Nordamerika“, vorgelegt von Mitberichterstatter Abg. Petras Austrevicius (Litauen) und Mitberichterstatter John Boozman (Vereinigte Staaten)**

Mitberichterstatter Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) erklärte, man wolle die Entwicklungen in China im regionalen Zusammenhang betrachten sowie eine Reihe dortiger Systemveränderungen ergründen. Der Triumph der wirtschaftsliberalen Politik und der relativ unbehinderte Kapitalfluss und Warenverkehr über die Grenzen hinaus habe die Region zu einem immer wichtigeren Teil der Weltordnung gemacht. Asien spiele heute auf den Weltmärkten für Handels- und Konsumgüter sowie Rohstoffe eine zentrale Rolle. Das wirke sich in unterschiedlichster Form auf die transatlantische Wirtschaftsordnung aus. Mitberichterstatter Abg. **John Boozman** (Vereinigte Staaten) ergänzte, die Region sei noch stark durch Rivalitäten, Argwohn, strategische Unsicherheit, nukleare Asymmetrie und eine ganze Reihe offener Gebietsstreitigkeiten gekennzeichnet. Er erklärte, Europa und Amerika würden Asien auch jeweils unter verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Für mehrere wichtige asiatische Staaten seien die Vereinigten Staaten ein unersetzlicher Verbündeter und entscheidender Sicherheitsgarant. Gleichzeitig verfügten die Vereinigten Staaten in der gesamten Region über wichtige finanzielle Verbindungen und ihre eigene Volkswirtschaft sei stark an Entwicklungen in Asien angebunden. Zusammen mit dem Aufstieg Chinas löse dies in den Vereinigten Staaten Besorgnisse aus. Die Vereinigten Staaten seien der Auffassung, dass die Europäer die Sicherheitsprobleme im Umgang mit Asien bisweilen ausblendeten. Europa und Amerika müssten deshalb darauf achten, sich nicht auf eine Weise gegeneinander zu wenden, die ihren gemeinsamen Interessen schaden könnten. Die große Chance der gegenseitigen Ergänzung würde keine vollkommene Interessensharmonie erfordern; ein Wettbewerb sollte allerdings sorgfältig gesteuert werden und verdeutliche die Notwendigkeit eines transatlantischen Dialogs über Asienfragen. Europa und Nordamerika sollten aber auch das immer wichtigere multilaterale Dialogsystem in Asien willkommen heißen, das den regionalen Beziehungen größere Transparenz und Verlässlichkeit bringe.

Auf die Frage des Abg. **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) nach den Auswirkungen des US-Konsumverhaltens, der Yen-Bewertung und des möglichen Verkaufs der Dollar-Währungsreserven auf die Sicherheitslage verwies Mitberichterstatter **Boozman** (Vereinigte Staaten) auf die Wechselwirkungen und gegenseitigen Abhängigkeiten



der Volkswirtschaften. **Sewel** (Vereinigtes Königreich) sah in der chinesischen Gesellschaft eine größere Bereitschaft als in westlichen Gesellschaften, wirtschaftliche Härten hinzunehmen, um politische Ziele zu erreichen. Mitberichterstatter **Austrevizius** (Litauen) betonte, China sei ein globaler Akteur, der sich nicht nur auf einzelne Märkte konzentriere.

### **Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)**

Im Anschluss an die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, während der Unterstaatssekretär **Daniel Fata** vom US-amerikanischen Verteidigungsministerium die Grundzüge des Raketenabwehrschirms erläuterte, tagte der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie am 26. Mai 2007 unter dem Vorsitz von Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich).

#### **I. Überblick über die Tagesordnung und Themen**

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: Proliferation von Militärtechnologie, Tiefseefauna, netzwerkgestützte Fähigkeiten und unbemannte Systeme, Klimaveränderungen sowie Verbesserung des internationalen Weltraumrechts.

#### **II. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ über „Weiterverbreitung von Flugkörpern und Flugkörpertechnologie“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Cristian Valeriu Buzea (Rumänien)**

Eindringlich hob Berichterstatter **Buzea** hervor, dass mit dem Ende des Kalten Krieges die Bedeutung von ballistischen und Marschflugkörpern keineswegs geschwunden sei; lediglich das Profil der Gefahr habe sich verändert. Zwar seien die Arsenale der Langstreckenraketen in den USA wie auch in Russland deutlich reduziert, deren Mittelstreckenwaffen sogar komplett abgebaut worden, dafür legten sich immer mehr Länder – ja sogar nichtstaatliche Akteure wie die Hisbollah – Mittelstreckenwaffen zu. Gerieten diese Waffen in falsche Hände, so gab Buzea zu bedenken, stellten sie nicht nur eine unmittelbare Bedrohung dar, sondern führten auch zu aggressiverem Verhalten und könnten damit bereits labile Regionen weiter destabilisieren.

Buzea beklagte das lasche System zur Raketenkontrolle. Dies müsse dadurch verschärft werden, dass die Waffenexportpolitik besser koordiniert, raketenfreie Zonen eingerichtet und die Mitgliedschaft im Missile Technology Regime ausgeweitet werden. Die Waffenexportbeschränkungen der einzelnen Länder müssten so weit verschärft werden, dass sie die Weiterverbreitung von Marschflugkörpern wie auch von der Schulter aus abgefeuerten Ra-

keten, die von Terroristen benutzt werden, deutlich einschränkten. Prävention allein reiche vielleicht nicht aus, so dass Buzea dafür plädierte, dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung der NATO zu setzen.

#### **III. Vortrag von Dr. Waheguru Pal Singh Sidhu, Course Director, New Issues in Security Course (NISC), Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), zum Thema „Maßnahmen gegen die Proliferation von Waffen“**

Zu Beginn seines Vortrages würdigte **Dr. Sidhu** den Unterausschussbericht als sehr detail- und kenntnisreich. Als dunklen Fleck bezeichnete er die zahlreichen Raketen und die Bemühungen um deren Kontrolle angesichts der Vielzahl von Rüstungskontrollmechanismen. Mit Massenvernichtungswaffen bestückte Raketen bildeten ein großes Problem; auch konventionell bewaffnete, ja sogar unbewaffnete Raketen seien gefährlich. In der Gesamtbetrachtung hätten alle Raketen strategische Implikationen, seien es Raketen, mit denen große Menschenansammlungen attackiert, oder von der Schulter aus abgefeuerte Raketen, mit denen Flugzeuge zum Absturz gebracht werden könnten, seien es gegen militärische Einrichtungen gerichtete Marschflugkörper oder auch unbemannte Flugkörper zum Abschuss von Satelliten.

Im Gegensatz zu den ABC-Waffen gebe es für die Entwicklung, Erprobung, Produktion, Beschaffung und Dislozierung von Raketen keinen allgemein gültigen Vertrag; geschweige denn zu deren Vernichtung. Auf zwei Trends innerhalb der Staatengemeinschaft wies Dr. Sidhu die Ausschussmitglieder hin: zum einen die politischen und diplomatischen Initiativen, angefangen beim Haager Code of Conduct, über den russischen Vorschlag eines globalen Kontrollsystems bis hin zu dem VN-Panel von Regierungsexperten für Raketentechnologie. Und zum anderen der militärisch-technische Ansatz, der die Dimension der Raketenabwehr ebenso beinhalte wie Initiativen zur Proliferationssicherheit.

Abschließend nannte Dr. Sidhu die drei besorgniserregendsten Regionen: Naher Osten, Nordostasien und Süd-asien. Im Grunde genommen seien Bemühungen auf weltweiter wie auch regionaler Ebene angebracht. Gerade mittelfristig böten regionale Absprachen mehr Aussicht auf Erfolg; ein Patentrezept konnte Dr. Sidhu jedoch auch nicht bieten; stattdessen plädierte er für maßgeschneiderte, den geographischen, politischen und technologischen Gegebenheiten angepasste Absprachen.

Die Diskussion eröffnete Abg. **Ellen Tauscher** (Vereinigte Staaten) mit der Frage, wie konkret die Gefahr denn sei und wie man den erforderlichen politischen Rückhalt für eine Abrüstungsvereinbarung einwerben könne. **Dr. Sidhu** erwähnte zunächst die unterschiedliche Gefahreneinschätzung durch die Vereinigten Staaten auf der einen und Russland auf der anderen Seite, insbesondere was den Zeithorizont und die Reaktion darauf betreffe; Konsens bestehe jedoch bei beiden Staaten darüber, dass

die Gefahr real bestehe. Konkrete Fakten seien nur durch geheimdienstliche Ermittlungen zu gewinnen, auch wenn gerade der Fall Irak vor Augen geführt habe, wie wenig verlässlich diese Angaben seien. Problematisch sei in diesem Zusammenhang die Weitergabe geheimdienstlicher Erkenntnisse an Verbündete. Schwierig sei auch die Reaktion auf die Gefahr; Raketenabwehr nannte Dr. Sidhu als eine Möglichkeit, gab zugleich jedoch zu bedenken, dass es kein rein defensives System gebe. Gerade die chinesische Satellitenabwehr demonstriere deren defensive wie offensive Optionen. Dr. Sidhu resümierte, dass ein Raketenabwehrsystem die Situation eher verkomplizieren als entspannen würde.

Abg. **Anatol Sementschenko** (Russische Föderation) knüpfte an die Bemerkung seines Vorredners an und warnte vor einem neuen Wettlaufen. Bei Installation des Raketenabwehrsystems würde Russland sein Arsenal zwangsläufig modernisieren. **Dr. Sidhu** pflichtete dem bei und schilderte mehrere Optionen, in welche Richtung der Wettlauf dann zielen könnte; überall auf der Welt könnten neue Abwehrsysteme installiert werden, so auch im Iran. Abg. **Hélène Luc** (Frankreich) zeigte sich überzeugt, dass Armut und Hunger weitaus drängendere Probleme darstellten als die Frage, ob weitere Raketen disloziert werden sollten.

#### IV. Vortrag von Professor Ricardo Serrão Santos, Leiter der Fachrichtung für Ozeanografie und Fischereiwesen und Prorektor der Universität der Azoren, zum Thema „Jenseits der Lichtgrenze: Tiefseeflora und -fauna am Meeresgrund“

**Prof. Ricardo Santos** berichtete den Ausschussmitgliedern über die Bedeutung der Tiefseeflora und -fauna und deren Bedrohung durch äußere Einflüsse; dabei konzentrierte er sich auf vier Kernpunkte: erstens habe die Tiefseefischerei negative Auswirkungen nicht nur auf die befischte Spezies, sondern auch auf deren natürlichen Lebensraum. Die in der Tiefsee betriebene Fischerei verursache immense Kollateralschäden am Meeresgrund und führe zu einer Abnahme der Biodiversität und der Biomasse. Zweitens seien gravierende Schäden durch die Gewinnung von Mineralien, Gas und Öl aus dem Tiefseeboden zu verzeichnen. Drittens führe eine Abfalllagerung – insbesondere auch von radioaktiven Stoffen oder Schwermetallen – zu einer Kontaminierung des Meerwassers. Und schließlich warnte Prof. Santos noch vor den gravierenden Folgen der Erderwärmung, die dazu führe, dass der „Fließbandeffekt“ der weltweiten Meeresströme unterbrochen und somit zu immensen Temperaturveränderungen weltweit führen werde. Prof. Santos schloss seine Ausführungen mit einer eindringlichen Warnung vor den dramatischen Konsequenzen, die von dem Eingriff in die Tiefseeflora und -fauna auf das Weltklima insgesamt ausgingen.

Abg. **Heikki Holmas** (Norwegen) erkundigte sich nach den Maßnahmen, die international ergriffen worden seien, um die Tiefseefischerei in einem rechtlichen Rah-

men zu verankern. **Prof. Santos** befürwortete die Schaffung von exclusive economic zones als geeignete Maßnahmen, um die Fischerei zu regulieren. Er bedauerte das Fehlen spezieller internationaler Regeln und begrüßte – wie viele andere Tiefseespezialisten auch – den Vorschlag eines VN-Moratoriums der Grundscheppnetz-Fischerei für internationale Gewässer. Abg. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) verwies auf die Hürden, die einem internationalen Fischereiabkommen entgegenstehen, insbesondere der Kontrolle der darin festgelegten Fangquoten. Im Übrigen äußerte Lord Jopling seine Besorgnis über mögliche Genmanipulationen in der Meeresfauna; dies könnte das sensible Gleichgewicht in den Weltmeeren empfindlich stören. Er sprach sich deshalb mit allem Nachdruck für strikte Kontrollen in diesem Bereich aus. **Prof. Santos** pflichtete Lord Jopling bei und plädierte dafür, traditionelle Fischfangmethoden wiederzubeleben und die Einhaltung bestehender Gesetze gegen illegalen Fischfang strikter zu kontrollieren.

#### V. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Transformation der Zukunft der Kriegsführung: Fähigkeiten zur vernetzten Operationsführung und unbemannte Systeme“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

**Senator Nolin** (Kanada) skizzierte die beiden Schwerpunkte seines Berichtsentwurfs: erstens die netzwerkgestützten Fähigkeiten und zweitens die unbemannten Systeme; beide seien ein Quantensprung für militärische Operationen, konfrontierten Politiker jedoch auch mit wichtigen Fragen, allen voran der, wie diese neuen Technologien bestehende Militärbündnisse veränderten. Vernetzte Streitkräfte – so der Generalberichterstatter – seien vielseitiger, mobiler, überlebensfähiger und effizienter als herkömmliche Einheiten, weil ihr informationstechnischer Vorteil sich unmittelbar in gesteigerter Kampfkraft niederschläge. Unbestrittener Weltführer bei netzwerkgestützten Technologien sei Amerika; mit deutlichem Abstand entwickelten auch das Vereinigte Königreich, Deutschland, Frankreich und NATO-Einrichtungen entsprechende Fähigkeiten; dabei schienen Kompatibilitätsprobleme keine unüberwindbare Hürde. Das eigentliche Problem liege aber in der Bereitschaft, Informationen auszutauschen und den Verbündeten Zugang zu den Netzen einzuräumen. Ohne dieses gegenseitige Vertrauen – so gab Senator Nolin zu bedenken – machten gemeinsame Operationen keinen Sinn. Bei den unbemannten Systemen liege der Vorteil darin, dass weniger Menschen benötigt, die Aufklärungs-, Beobachtungs- und sogar die Angriffsfähigkeiten deutlich erhöht würden. In dem Maße, in dem diese unbemannten Systeme autonomer würden, stellten sich verstärkt ethische Bedenken ein. Die NATO und ihre Mitgliedstaaten dürften gleichwohl diese Entwicklung nicht verschlafen und sollten entsprechend ihre Verteidigungsausgaben, Beschaffungspläne und Informationspolitiken darauf ausrichten.

## VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Klimawandel: über Kyoto hinausdenken“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Eingangs stellte **Senator Nolin** (Kanada) fest, kein ernstzunehmender Wissenschaftler bestreite mehr, dass sich das Klima sehr rasch verändere und dass dieser Wandel vom Menschen herbeigeführt sei. Die gesamte Menschheit sei davon betroffen; nicht zuletzt wegen der sicherheits- und geopolitischen Relevanz müsse rasch gehandelt werden; zumal es wirtschaftlich sinnvoller sei, die auslösenden Faktoren jetzt zu deckeln, als später de-saströse Folgen in Kauf nehmen zu müssen. 2012 laufe das Kyoto-Abkommen aus und schon jetzt zeichne sich ein Konsens darüber ab, dass die Grobstruktur für ein Folgeabkommen bis 2009 entworfen sein sollte. Umfang und Ziele der neuen Vereinbarung sollten deutlich über Kyoto hinausgehen; es sollte universell sein, also auch die USA und Australien an den Verhandlungstisch bringen. Zwar hätten die Industrieländer das Gros der Verantwortung zu übernehmen, gänzlich auflagenfrei dürften die Entwicklungsländer jedoch auch nicht bleiben. Unentbehrlich seien umfangreiche Investitionen in „grüne“ Technologien.

Abg. **Heikki Holmas** (Norwegen) bemängelte an dem Bericht, dass konkrete Angaben zu Emissionsgrenzen fehlten. Unter Bezug auf die einschlägigen Kapitel des Berichts wies **Senator Nolin** (Kanada) die Kritik zurück. Als inakzeptabel bezeichnete er das gegenwärtig praktizierte Verfahren, dass nämlich Industriestaaten von armen Ländern Verschmutzungsrechte kauften. Abg. **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) würdigte den Bericht als hilfreich und mahnte – wie der Berichterstatter – rasches Handeln an. Deshalb plädierte sie auch dafür, das Thema weiter ganz oben auf der Tagesordnung des Ausschusses zu lassen.

## VII. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Überarbeitung des internationalen Weltraumrechts“, vorgelegt vom assoziierten Sonderberichterstatter Rafael Gimalow (Russische Föderation)

Mit dem Bericht wolle die russische Delegation – leitete Abg. **Rafael Gimalow** seine Zusammenfassung ein – den Mitgliedern der NATO PV vor Augen führen, dass das aktuell geltende Weltraumrecht nicht mehr die Realität widerspiegele. Ohne rechtliche Einschränkungen agierten neue Akteure – z. B. Privatunternehmen – im Weltraum. Darüber hinaus differierten die Auffassungen mancher Länder über Raketen- bzw. Satellitenabwehr, was die Erarbeitung eines zeitgemäßen Weltraumvertrages verhindere. Der Sonderberichterstatter warnte vor einem neuen Wettrüsten im Weltall und sprach sich für ein Moratorium bei der Dislozierung eines Raketenabwehrsystems in Europa aus. Ein weiteres Anliegen war Gimalow, auf die Gefährdung durch Weltraumschrott/-abfall hinzuweisen. Dabei äußerte er die Befürchtung, innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre müssten alle Weltraumaktivitäten auf-

grund des rapide zunehmenden Schrotts eingestellt werden. Eine besondere Gefährdung gehe dabei von Waffentests aus. Zur Weltraumschrottbeseitigung gebe es bislang noch kein Verfahren und deshalb mahnte Gimalow international koordinierte Bemühungen zur Schrottvermeidung an.

Abg. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) stimmte mit dem Sonderberichterstatter darin überein, dass der Weltraumschrott in der Tat bedenklich sei. Auch bestritt Lord Jopling nicht die „grauen Flecken“ im Weltraumrecht, widersprach jedoch Gimalows Auffassung, die geltenden Verträge seien obsolet. Vielmehr setzte er sich für eine Überarbeitung und Ergänzung dieser Verträge ein; dies hielt er für Erfolg versprechender als quasi wieder bei Null anzufangen. Konkret übte Lord Jopling Kritik an zwei Formulierungen im Entwurf des Sonderberichts. Die letzten beiden Kritikpunkte griff Sonderberichterstatter **Gimalow** mit dem Hinweis darauf auf, dass einige Passagen des Schlussberichts entfallen würden, weil die Raketenabwehr Gegenstand eines eigenen Berichts werde. Im Hinblick auf das Weltraumrecht stellte Gimalow klar, dass er keineswegs komplett neue Verträge fordere, sondern eine gründliche Revision der bestehenden, in die auch die jüngsten technologischen Entwicklungen einfließen müssten.

## VII. Ausschussaktivitäten im Jahr 2007

Zum Ende der Sitzung informierte der Vorsitzende Abg. **Michael Mates** die Mitglieder über die Terminplanungen des Ausschusses. Darüber hinaus wurde er von den Ausschussmitgliedern beauftragt, zur 53. Jahrestagung in Reykjavik einen Sonderbericht zur Raketenabwehr vorzubereiten.

### Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Sonntag, dem 27. Mai 2007, unter dem Vorsitz des Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich).

#### I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen zum einen mit dem Zivilschutz am Beispiel von Portugal und dem Schutz kritischer Infrastrukturen, zum anderen mit der Situation in Afghanistan, in Montenegro und in der Schwarzmeerregion.

#### II. Vortrag von Fernando Rocha Andrade, Unterstaatssekretär beim portugiesischen Innenministerium, zum Thema „Zivilschutz in Portugal“

Der Unterstaatssekretär beim portugiesischen Innenministerium **Fernando Rocha Andrade** sprach über die Struktur der zivilen Sicherheit in Portugal und über die Prioritäten für Portugals EU-Präsidentschaft im Hinblick auf den zivilen Sicherheitssektor. Er erklärte, dass in Portugal der Großteil der Verantwortung im Bereich der zivi-

len Sicherheit in den Händen von privaten humanitären Organisationen liege. Die Herausforderung liege darin, diese Bemühungen besser zu koordinieren. Die portugiesische Regierung habe die Aufgabe, die staatliche Rolle in der zivilen Sicherheit zu verbessern und zwar durch die Schaffung einer neuen Autorität und einer zivilen Sicherheitspolizei ähnlich der französischen Gendarmerie. Auf europäischem Level habe sich die portugiesische Regierung drei Ziele im Vorfeld ihrer bevorstehenden EU-Präsidentschaft gesetzt: Schaffung eines Tsunami-Frühwarnsystems, Einführung von leicht zu erkennenden Notfallwarnsignalen und die Erhöhung der Mittel für zivile Sicherheit auf ein europäisches Niveau, einschließlich der Schaffung einer gemeinsamen europäischen zivilen Sicherheitspolizei.

Abg. **Mikhail Kapura** (Russische Föderation) und Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) fragten nach der Gesetzeslage zum Thema „Zivilschutz“ in Portugal. **Rocha Andrade** erklärte, dass ein neues Gesetz über den Zivilschutz im Jahre 2006 beschlossen worden sei. Er pflichtete dem Abg. Bruce George dahingehend bei, dass die Gesetzgebung allein nicht ausreiche und der Informationsaustausch zwischen den Akteuren entscheidend sei.

### III. Podiumsdiskussion mit Emmanuel Reinert, Executive Director des Senlis Council, und Andrea Mancini, Projektkoordinator, Sektion Europa und West-/Zentralasien, Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), zum Thema „Drogen, Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan“

**Andrea Mancini** leitete die Diskussion mit der These ein, dass es eine deutliche Verbindung zwischen Opium, der anhaltenden Unsicherheit in Afghanistan und deren Auswirkungen auf die Wiederherstellung und Entwicklung des Landes gebe. Während der Norden Afghanistans positiv auf die abschreckenden staatlichen Interventionen reagiere, stelle der Süden wegen der fehlenden staatlichen Macht ein Bollwerk des illegalen Mohnanbaus dar. Die Vernichtung der Pflanzen sei von 15 000 Hektar im Jahr 2006 auf 23 000 Hektar im ersten Quartal 2007 erhöht worden. Trotzdem sei die Vernichtung seiner Meinung nach nicht ausreichend. Nur das Angebot eines alternativen Lebensstils werde die betroffenen Bauern zu einer Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten veranlassen. Mancini plädierte für eine ausgeglichene und integrierte Strategie bestehend aus der Vernichtung der Pflanzen, Unterbindung der Kriminalität und Vergabe von Krediten an die Bauern. Außerdem sollten öffentliche Institutionen und alternative Einnahmequellen geschaffen werden. Es sei darüber hinaus wichtig, die regionalen Trends mit einzubeziehen, Verbote auszusprechen und vor allem die Drogenhändler zu bekämpfen. Wenn diese Strategie, die auf Anreize für die Bauern zur Kooperation setze, durch die Regierung und mit dem Gesetz durchgesetzt werde, könne das halbe Land bis 2012 opiumfrei sein, so Mancini. Er zeigte zudem Wege für die NATO auf, ihre unterstützende Rolle auszuweiten, indem sie bei der Reform, Koordinierung und der Ausbildung der Polizei und

auch bei der Verbesserung der Kooperation mit den Nachbarstaaten, vor allem mit Pakistan, mithelfe.

**Emmanuel Reinert** stimmte zu, dass Opiumproduktion und -handel zum größten Hindernis für den Erfolg der NATO in Afghanistan geworden seien. Er behauptete, dass das momentane Vorgehen in der Opiumfrage, fokussierend auf Vernichtung bei gleichzeitiger Nichtverfolgung von Strategien zur Förderung alternativer Wege, ineffektiv und manchmal sogar kontraproduktiv sei. Es unterlaufe die Bemühungen zur Stabilisierung, der Entwicklung und des Wiederaufbaus genauso wie die lokale Unterstützung der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft. Daher forderte er die NATO auf, sich mehr in die Diskussion um Strategien zur Drogenbekämpfung einzubringen und pragmatische anstelle dogmatischer Lösungen zu unterstützen. Er ging auf das Programm des lizenzierten Opiumanbaus zur medizinischen Nutzung ein. Dieses „Opium für Medizin“-Modell beinhalte dörflichen Opiumanbau und die Produktion von Medikamenten. Afghanische Morphinumtabletten würden den weltweiten Bedarf an Schmerzmitteln bedienen und die wirtschaftlichen Gewinne würden vor Ort verbleiben und somit wirtschaftliche Diversifikation erlauben. Darüber hinaus würde es diese Strategie der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft erlauben, positive Beziehungen zu den lokalen Gemeinschaften aufzubauen, was zum Erreichen des wesentlichen Ziels, nämlich die Herzen und Köpfe der Bevölkerung zu gewinnen, beitragen würde.

Auf Nachfragen der Abg. **Hellmut Königshaus** (Deutschland) und **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) führte **Reinert** seinen Vorschlag weiter aus. Er erläuterte, dass insbesondere in den Entwicklungsländern ein enormer Bedarf an Schmerzmitteln bestehe und dass afghanisches Morphinum mittels eines zweistufigen Modells nicht in Konkurrenz zu den existierenden Produzenten treten würde. Abg. **Siyavush Novruzov** (Aserbaidschan) fragte, ob Afghanistan im Opiumanbau ein Vorbild für andere Staaten werde, und fügte hinzu, dass sich die internationale Gemeinschaft mehr auf Armutsbekämpfung und das Bereitstellen von Alternativen für (Drogen-)Bauern konzentrieren solle.

### IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Unabhängiges Montenegro: Frühbewertung und Aussichten für eine euro-atlantische Integration“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Vitalino Canas (Portugal)

Berichterstatter Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) hieß zunächst die montenegrinische Delegation zu ihrer ersten Tagung als Mitglied der NATO PV herzlich willkommen und gratulierte ihnen zum ersten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Er unterstrich vor allem die positive Entwicklung, die Montenegro während des ersten Jahres seiner Unabhängigkeit vollzogen habe. Montenegro habe eine ambitionierte Reformagenda verabschiedet, erfolgreich mit Serbien verhandelt und sich eindeutig zur euro-atlantischen Integration bekannt. Die drei Herausforderungen,

die Montenegro noch bewältigen müsse, seien die Schaffung neuer Strukturen, die möglicherweise verzögerten Verhandlungen über den endgültigen Status des Kosovos und der lange Weg zur vollwertigen Integration in die EU und die NATO. Der Generalberichterstatter stellte fest, dass dies zwar schwierige Herausforderungen seien, Montenegro aber bereits sehr gute Fortschritte gemacht habe.

Abg. **Gjorgi Orovcanec** (Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien) begrüßte den positiven Bericht über das Nachbarland und betonte die Fortschritte, die sein Land bei der Bekämpfung von Korruption, der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der Reform des Verteidigungssektors gemacht habe. Auch die bessere regionale Zusammenarbeit sei zu loben. Der Generalberichterstatter und der Vorsitzende bestätigten, dass die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien wichtige Fortschritte bei der Reformierung des Landes gemacht habe.

Abg. **Hans Olaf Syversen** (Norwegen) fragte nach dem Grad der Korruption im montenegrinischen Justizwesen. Der Berichterstatter antwortete, dass dies die zentrale Fragestellung der Reise des Ausschusses nach Montenegro gewesen sei. Sein Eindruck sei gewesen, dass die Regierung die Korruption sehr engagiert bekämpfe, aber die Umsetzung dieser Bemühungen vor Ort zeige noch Mängel.

#### **V. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Staat und Religion im Schwarzmeerraum“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Bert Middel (Niederlande)**

Berichterstatter Abg. **Bert Middel** (Niederlande) stellte fest, dass die Religion durch den Terrorkrieg und die Verbreitung des Schlagwortes „Kampf der Kulturen“ erneut ins Rampenlicht geraten sei. Ein wichtiger Aspekt dieser Entwicklung sei der Nachdruck, mit dem die Rolle der Religion sowohl als ein innenpolitisches als auch ein internationales Sicherheitsproblem herausgestellt werde. Der Schwarzmeerraum mit dem komplexen ethnischen und religiösen Gemisch sei ein interessanter Test für diese Theorie. Der Berichterstatter konzentrierte sich insbesondere auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Ein wesentliches Problem in der Region sei die fließende Grenze zwischen Ethnie und Religion. Er unterstrich jedoch, dass die Religion zwar ein relevanter, aber kein zentraler Bestandteil der derzeitigen Dynamik im Schwarzmeerraum sei. Middel nannte dabei einige Beispiele für Fehleinschätzungen in der Region. So unterscheide sich der Islam im Schwarzmeerraum von dem im Nahen Osten. Die Gefahr des religiösen Radikalismus sei nicht so groß wie z. B. in Zentralasien und die anhaltenden Konflikte in der Region seien nur sehr selten religiös motiviert. Die Religion in der Schwarzmeerregion sei eher ein innenpolitisches als ein außenpolitisches Problem. Trotz seiner Lage am Drehkreuz der verschiedenen geographischen, ethnischen und religiösen Gebiete falle der Schwarzmeerraum nicht unter die Rubrik „Kampf der Kulturen“.

Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) lobte den Bericht besonders für die Darstellung der Lage im russischen Nordkaukasus, welcher nicht nur für Russland von Bedeutung sei, sondern auch Auswirkungen auf die Lage im Südkaukasus habe. Hinsichtlich der Faktoren, die für die gegenwärtige Lage verantwortlich seien, stellte er fest, dass die Religion zweifelsohne eine Rolle gespielt habe und dass der islamistische Terror, dem sich Russland ausgesetzt sehe, eine ernstzunehmende Herausforderung sei. Dieser Herausforderung gegenüber erweise sich die aktuelle Politik Russlands allerdings als inadäquat.

#### **VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Der Schutz kritischer Infrastrukturen“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)**

Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erklärte, dass die Gewährleistung der fortlaufenden Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Dienstleistungen eine Kernaufgabe des Staates und dessen Sorge um den Schutz kritischer Infrastrukturen nicht neu sei. Sowohl die Terrorangriffe vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten als auch die auf das U-Bahn-System in London und die Eisenbahn in Madrid verliehen der Aufgabe des Schutzes kritischer Infrastrukturen eine neue Bedeutung und eine neue Dimension. Der Hurrikan Katrina in den Vereinigten Staaten und der Tsunami in Südostasien zeigten, dass Naturkatastrophen ebenfalls verheerende Auswirkungen auf die Infrastruktur haben könnten.

Weitere Faktoren der neuesten Entwicklung seien die Globalisierung mit der wachsenden Verflechtung von Märkten und Netzen in entscheidenden Bereichen einerseits und die Privatisierung der Infrastrukturen andererseits. Wenn die entscheidenden Infrastrukturen Privatunternehmen gehörten, werfe das schwierige Fragen zur Rolle von Regierungen und Akteuren des privaten Sektors im Bereich des Schutzes kritischer Infrastrukturen und zur Vereinbarkeit nationaler Sicherheitsziele mit Geschäftsinteressen auf. Entscheidend sei dabei die Schaffung von öffentlich-privaten Partnerschaften. Der Berichterstatter betonte, dass der Schutz kritischer Infrastrukturen und der Zivilschutz Hand in Hand gingen, indem sie beide im Wesentlichen auf das Gleiche zielten. Er gab zu bedenken, dass der globale Charakter bestimmter Infrastrukturen kooperative Lösungen auf regionaler und internationaler Ebene verlange. Er unterstrich, dass NATO und EU bis jetzt relativ bescheidene Rollen in dieser Hinsicht spielten, sich aber in den letzten Jahren immer mehr engagiert hätten.

Abg. **Gudrat Hasanguliyev** (Aserbaidschan) stellte fest, dass die Sicherheit der Öllieferungen in die europäischen Länder durch ungelöste Konflikte in der Kaukasusregion bedroht sei und fragte nach möglicher Unterstützung durch NATO und EU bei der Lösung dieser Probleme. Die NATO solle Aserbaidschan und Georgien vor potenziellen Bedrohungen durch den Iran schützen. Der Berichterstatter erklärte, er teile die Auffassung, dass die

europäische Energieversorgung sicherer wäre, wenn das russische Monopol über Energie reduziert und neue Pipelines im Kaukasus und in der kaspischen Region gebaut werden würden.

Abg. **Jurgen Ligi** (Estland) berichtete über die Internetangriffe auf die estnische Regierung und gewerbliche Computersysteme. Die Angriffe seien russischer Herkunft gewesen. Zum Glück seien die estnischen Firewalls gut genug, um vor solchen Angriffen zu schützen. Es sei aber deutlich geworden, wie real und ernst eine solche Gefahr sei. Abg. **Pierre Claude Nolin** (Kanada) regte an, den estnischen Fall in den Entwurf des Sonderberichts einzubeziehen, weil er sehr hilfreich für andere Länder wäre. **Lord Jopling** stimmte dem Vorschlag zu.

### **Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)**

Der Ausschuss tagte am Samstag und Sonntag, 26. und 27. Mai 2007, unter dem Vorsitz von Abg. **Julio Miranda Calha** (Portugal).

#### **I. Überblick über die Tagesordnung und Themen**

Hauptthemen der Beratungen waren das geplante Raketenabwehrsystem der Vereinigten Staaten in Polen und Tschechien, die Zukunft der ISAF-Mission in Afghanistan, die Zusammenarbeit von NATO und EU sowie die Entwicklung der drei Beitrittskandidaten Kroatien, Albanien und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien.

#### **II. Unterrichtung der Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie (STC) und des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit (DSC) durch Daniel P. Fata, Deputy Secretary Assistant of Defense for European and NATO Policy, US Department of Defense, zum Thema „Vorgeschlagene amerikanische Raketenabwehreinrichtungen in Europa“**

**Daniel P. Fata** beschrieb die Pläne der Vereinigten Staaten, ein Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien zu errichten. Anlass seien die Entwicklungen im Iran und in Nordkorea, die sein Land dazu veranlasst hätten, die Bemühungen zum Schutz vor feindlichen Raketen zu verstärken. Man wolle sich nicht erpressbar machen von Staaten, die im Besitz von Langstreckenraketen seien. Ziel sei sowohl der Schutz der Vereinigten Staaten als auch der Verbündeten. Geplant seien der Aufbau einer Radaranlage in Tschechien und eines Raketenabfangsystems in Polen. Diese Einrichtungen sollten dem Schutz vor Raketenangriffen aus dem Nahen Osten dienen und richteten sich nicht gegen Russland. Die Verhandlungen mit Tschechien und Polen könnten bereits Ende 2007 abgeschlossen sein, so dass 2008 mit dem Bau des Raketenabwehrsystems begonnen werden könnte. Unter diesen Voraussetzungen werde es bereits 2010 möglich sein, das

System in Betrieb zu nehmen. Nach Angaben Fatas habe die Regierung der Vereinigten Staaten die russische Regierung mehrfach über die Pläne informiert und die Zusammenarbeit angeboten. Diese habe bisher jegliche Kooperation abgelehnt.

Abg. **Ellen Tauscher** (Vereinigte Staaten) bestätigte die von Fata dargestellte Bedrohung, die auch Europa berühre. Die Zustimmung der breiten Öffentlichkeit für ein derartiges Projekt sei aber unerlässlich. Beratungen der Parlamentarier der betroffenen Länder seien ein Schritt in die richtige Richtung. Sie erklärte, für den Kongress der Vereinigten Staaten sei entscheidend, ob das geplante Raketenabwehrsystem mit dem bereits vorhandenen NATO-System zum Schutz vor Raketenangriffen vereinbar sei. Über diese Frage müsse Klarheit hergestellt werden. Außerdem sei sehr wichtig, dass der Schutz der Verbündeten in Europa sichergestellt sei. **Pal Singh Sidhu** vom Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik rief Russland und die Vereinigten Staaten dazu auf, beim Umgang mit dem Iran zu kooperieren. Die Geheimdienste wüssten sehr wenig über den Iran, so dass eine solche Kooperation sehr effektiv sein könne.

#### **III. Vortrag von Nuno Severiano Teixeira, portugiesischer Verteidigungsminister**

Verteidigungsminister **Nuno Severiano Teixeira** bekräftigte Portugals Unterstützung der NATO. Vergangene transatlantische Krisen seien überwunden, so dass nun an der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen gearbeitet werden könne. Praktische Lösungen müssten für die Zusammenarbeit von NATO und EU, den zwei Pfeilern der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur, gefunden werden. Portugal leiste seinen Beitrag zu den Operationen des Bündnisses und folge dabei diesen Prinzipien: Achtung des internationalen Rechts, Gleichgewicht der Beteiligung an den Missionen von NATO und EU und Begrenzung der geographischen und numerischen Beteiligung Portugals, um die positive Wirkung der Beteiligung Lissabons zu maximieren. Zur Beteiligung an der ISAF-Mission in Afghanistan erklärte Teixeira, sein Land werde sich nicht noch stärker beteiligen können. Allerdings würden die Streitkräfte Portugals auch keinen nationalen Vorbehalten unterliegen.

Während seiner kommenden EU-Ratspräsidentschaft werde Portugal einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit von NATO und EU legen, indem zusätzliche informelle Treffen auf verschiedenen Ebenen initiiert würden. Ein Schwerpunkt werde auch die Zusammenarbeit der mediterranen EU-Mitgliedsländer mit Afrika sein.

Abg. **Antonio Cabras** (Italien) erkundigte sich nach der Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). **Severiano Teixeira** antwortete, ein starker politischer Wille sei unerlässlich, um eine wirkungsvolle ESVP aufbauen zu können. Das Gleiche gelte für die Verbesserung des institutionellen Verhältnisses der EU zur NATO. Auf eine Frage von Abg. **Yuriy Samoylenko** (Ukraine) zur militärischen Kooperation

von Portugal und der Ukraine erklärte **Severiano Teixeira**, sein Land unterstütze eine Politik der „offenen Tür“ der NATO. Er hoffe, dass beide Länder in Kürze ein Abkommen zur bilateralen militärischen Kooperation unterzeichneten.

**IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs über „Afghanistan: Beurteilung des Fortschritts und der entscheidenden Herausforderung für das Bündnis“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Frank Cook (Vereinigtes Königreich)**

Abg. **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) stellte seinen Generalberichtsentwurf vor. Seiner Auffassung nach ist die ISAF-Mission die größte Herausforderung für die Allianz. 2007 sei ein entscheidendes Jahr für das Land und werde Aufschluss darüber geben, ob der Wiederaufbau voranschreite. Von zentraler Bedeutung werde sein, ob die afghanische Bevölkerung ihrer eigenen Polizei Vertrauen entgegenbringe. Außerdem gehe es darum, den Drogenanbau zu bekämpfen, terroristische Aktivitäten einzudämmen und nachzuweisen, dass die NATO mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts umgehen könne. Mit seinem Berichtsentwurf wolle Cook dazu beitragen, die Defizite im Bereich der Kapazitäten zu identifizieren, die auch im Interesse zukünftiger Operationen des Bündnisses beseitigt werden müssten.

Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) betonte die Notwendigkeit, die zivilen Bemühungen um den Wiederaufbau in Afghanistan zu verstärken. Die militärischen Bemühungen reichten nicht aus, um das Land voranzubringen. Es sei bedauernswert, dass die nationalen Ansätze für den Umgang mit den Problemen in Afghanistan so unterschiedlich seien, obwohl man sich auf gemeinsame Ziele geeinigt habe. Große Bedeutung habe die Ausbildung der afghanischen Polizei, bei der Deutschland eine Führungsrolle übernommen habe. Auch die künftige EU-Mission zur Polizeiausbildung müsse entsprechend ausgestattet werden. Abg. **Elettra Deiana** (Italien) kritisierte, dass die öffentliche Meinung in Italien nur unzureichend dargestellt werde. Die Mehrheit der Italiener sei gegen eine endlos fortlaufende militärische Operation in Afghanistan, unterstütze aber die zivilen und humanitären Bemühungen.

Abg. **Allan Widman** (Schweden) erklärte, sein Land sei als ein Partner der NATO stolz darauf, zu den wichtigen Operationen des Bündnisses beitragen zu können. Allerdings sei eine verbesserte Zusammenarbeit der Geheimdienste notwendig, um den Verlust an Menschenleben so weit wie möglich einschränken zu können. Abg. **Nikolay Kondratenko** (Russische Föderation) wies auf die Niederlagen der ehemaligen UdSSR und Großbritanniens in Afghanistan hin. Die Anwesenheit fremder Truppen führe zu einer verstärkten Zusammenarbeit der afghanischen Stämme. Der Zusammenhalt der NATO sei in Gefahr, falls politische Lösungen nicht bald gefunden und implementiert würden.

**V. Vortrag von General Luis Valença Pinto, Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte**

**General Luis Valença Pinto** beschrieb die Transformationsbemühungen der portugiesischen Streitkräfte. Er ging dabei auf organisatorische Veränderungen, Ausrüstungsfragen und die Schaffung eines ständigen Operationskommandos ein. Gegenwärtig seien 680 Personen in Krisenreaktions- oder friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen, der NATO und der EU integriert. Portugal engagiere sich unter anderem in Afghanistan, im Libanon und im Kosovo. Portugiesische Einheiten seien außerdem sowohl Teil der schnellen Eingreiftruppe der NATO als auch der Gefechtsfeldverbände der EU.

Abg. **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) wies darauf hin, dass Portugal bei den Ausgaben für den Verteidigungshaushalt mit 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deutlich unter dem informellen Standard der NATO in Höhe von zwei Prozent liege. Er fragte, ob eine Aufstockung des Verteidigungshaushalts dazu führen könne, dass sich mehr portugiesische Einheiten an wichtigen NATO-Operationen beteiligen könnten. **General Luis Valença Pinto** antwortete, eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts sei unwahrscheinlich vor 2009/2010. Dennoch sei es wahrscheinlich, dass Ausgaben in Höhe von etwa 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dazu führen könnten, dass zusätzliche Kapazitäten für die Auslandseinsätze zur Verfügung stünden. Zu den Problemen in der Zusammenarbeit von EU und NATO erklärte er, in erster Linie seien die zivilen Bürokratien für die Schwierigkeiten verantwortlich. Politische oder militärische Führungskräfte zählten nicht zu den wesentlichen Verursachern der Reibungsverluste.

**VI. Vortrag von Lawrence J. Korb, Senior Fellow am Center for American Progress und Senior Advisor für das Center for Defense Information, zum Thema „Die nationale Sicherheitsstrategie im Zeitalter von Terroristen, Tyrannen und Massenvernichtungswaffen“**

**Lawrence J. Korb** übte Kritik an der Sicherheitsstrategie der Bush-Administration und stellte die Terminologie war on terror in Frage. Die wesentlichen kurzfristigen Gefahren für die Vereinigten Staaten stammten heute von gewalttätigen, extremistischen nichtstaatlichen Akteuren, von gewalttätigen und extremen Regimen sowie von schwachen oder nicht funktionierenden Staaten. Langfristig komme es vor allem darauf an, den Aufstieg Chinas friedlich zu bewältigen. Die drei Säulen der Sicherheitsstrategie der USA – präventiver Krieg, die Verbreitung der Demokratie durch Gewaltanwendung und die militärische Überlegenheit – führten unweigerlich dazu, dass in erster Linie auf die Anwendung militärischer Gewalt zurückgegriffen werde. Nach Ansicht von Korb komme es aber darauf an, einen kombinierten Ansatz von zivilen und militärischen Vorgehensweisen zu wählen und sich multilateral abzustimmen. Außerdem sollten strategische Entscheidungen nicht aufgrund politischen Drucks, son-

dem vor dem Hintergrund ihrer tatsächlichen Auswirkungen getroffen werden. Seiner Meinung nach bestehe die Gefahr, dass die amerikanische Öffentlichkeit angesichts der gegenwärtigen strategischen Situation eine isolationalistische Reaktion einfordere. Er kritisierte die „Überreaktion nach 9/11“, was mitunter als politisches Instrument missbraucht würde. Seiner Meinung nach dürfe die militärische Gewaltanwendung erst eine Option werden, wenn alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft seien.

**VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Die operationale Zusammenarbeit zwischen NATO und EU“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten)**

Abg. **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) stellte seinen Bericht zu der operationalen Zusammenarbeit von NATO und EU vor. Die zivilen Leistungen beider Organisationen hätten wiederholt die Bedeutung einer konsequenten Zusammenarbeit betont. Eine synergetische Beziehung würde Konflikte vermeiden, zu einer verbesserten Verteilung der vorhandenen Ressourcen führen und insgesamt eine positive Wirkung entfalten. Da im Krisenfall oftmals beide Organisationen zum Einsatz kämen, sollten sie ihre vorhandenen Kapazitäten bündeln und aufeinander abstimmen. Trotzdem gebe es bis heute in Brüssel keinen geordneten Mechanismus, der die Zusammenarbeit der beiden Organisationen sicherstelle. Die Unfähigkeit zum politischen Dialog habe mitunter zu einem ineffektiven Vorgehen mit der Vorbereitung und Durchführung von Operationen geführt. Während die Zusammenarbeit auf dem Balkan recht gut funktioniert habe, seien die Defizite bei der Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union (AU) in Darfur deutlich geworden. Die Rivalität habe im letzteren Fall zu großen Reibungsverlusten geführt und die Solidarität der Verbündeten unterminiert.

Abg. **Kurt Rossmann** (Deutschland) forderte, dass die politischen Probleme beider Organisationen nicht auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen werden dürften. Da beide Organisationen ihren Sitz in Brüssel hätten, müsse es möglich sein, die Kommunikation zu verbessern. Er forderte den Berichterstatter auf, konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Zusammenarbeit von NATO und EU zu machen. Abg. **Robert Walter** (Vereinigtes Königreich) sprach sich gegen den Aufbau von eigenständigen Planungs- und Kommandoeinheiten der EU aus. Das Hauptquartier der „Alliierten Streitkräfte in Europa“ (SHAPE) und die nationalen Kommandostellen verfügten über ausreichende Ressourcen, um Operationen durchzuführen. Mit den Gefechtsfeldverbänden der EU

sei es gelungen, die Kapazitäten der kleineren Mitgliedstaaten zu bündeln. Davon wiederum profitiere auch die NATO. Abg. **Anna-Maria Gomes** (Europäisches Parlament) schlug ein gemeinsames Treffen des Verteidigungsausschusses der NATO PV mit dem Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlamentes vor. Dies könne ein wichtiger Schritt sein, um die Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Organisation vorzubereiten und zu unterstützen.

**VIII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die drei Anwärter aus dem Adria-Raum: Fähigkeiten und Vorbereitungen“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Sverre Myrly (Norwegen)**

Berichterstatter Abg. **Sverre Myrly** (Norwegen) wies darauf hin, dass die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO auch immer zu großen wirtschaftlichen und politischen Reformen in den neuen Mitgliedsländern geführt habe. Heute befänden sich drei Länder als Teilnehmer des „Mitgliedschafts-Aktionsplans“ im „Warteraum“ der NATO: Albanien, Kroatien und die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien. Auf dem Gipfel in Riga hätten die Regierungschefs der NATO-Länder das Ziel benannt, „auf dem nächsten Gipfel im Jahr 2008 Einladungen für die Länder auszusprechen, die die Anforderungen erfüllen und dazu in der Lage sind, zu Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum beizutragen.“ Diese Anforderungen seien politischer und wirtschaftlicher Natur, beträfen den Minderheitenschutz, die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte und auch die Ausgaben für den Verteidigungssektor.

Abg. **Tiny Kox** (Niederlande) wies auf die geringe Unterstützung seitens der kroatischen Öffentlichkeit für einen Beitritt des Landes zur NATO hin. Abg. **Kresimir Cosic** (Kroatien) widersprach und wies auf jüngste Umfragen in Kroatien hin, wonach 52 Prozent der Bevölkerung einen Beitritt zur Allianz befürworteten. Entsprechende Kampagnen könnten darüber hinaus dazu beitragen, die Akzeptanz des Bündnisses zu fördern. Abg. **Attila Verestoy** (Rumänien) stimmte dem Berichterstatter zu, dass alle drei Länder in der letzten Zeit Fortschritte gemacht hätten. Er sprach sich für eine Stärkung der parlamentarischen Zusammenarbeit aus, um die Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen zu fördern.

Dr. Karl A. Lamers, MdB	Volker Bouffier, Staatsminister
Leiter der Delegation	Stellvertretender Leiter der Delegation